



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Aussichten eines preußischen Bundesreformplans.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

der Oden endigt mit einem Liede, in welchem der Dichter sich die Unsterblichkeit vormalt. Er ist im Begriff ein Schwan zu werden, der gen Himmel auffliegen und in erhabenem Schwung über der Alltagserde hinschweben wird. Schon fühlt er, wie er Vogelgestalt annimmt. Er singt:

„Jamjam residunt cruribus asperae
Pelles et album mutor in alitem
Superne, nascunturque leves
Per digitos humerosque plumae.“

Sollte der Dichter hier vergessen haben, daß Erhabenes und Lächerliches nur durch Schritteweite von einander getrennt sind? „Keineswegs,“ sagt unser Kritiker, und wir schließen uns ihm an. „Es ist Scherz, Ironie; es ist ein Spottgelächter über die dichterische Selbstüberhebung, durch welche er sich in den Schwan des Phöbus verwandelt wähnt.“ Es ist, fügen wir hinzu, ein Anflug von Humor, der bei frühern Dichtern niemals angetroffen wird, es ist Selbstverspottung ähnlichen Stils, wie das heinesche: „Doctor, Sie sind betrunken!“

Die Aussichten eines preussischen Bundesreformplans.

Mehrfach wird von der wohlunterrichteten Tagespresse berichtet, daß die preussische Regierung damit umgehe, gegen den österreichischen Reformplan jetzt auch ihre Wünsche für Neuorganisation des Bundes zu veröffentlichen, und daß ein wesentlicher Bestandtheil dieses preussischen Plans ein Bundesparlament sei, welches durch directe Wahlen, aber mit einem so hohen Censur der Wahlberechtigten gebildet werde, daß man auf eine conservative Versammlung zu hoffen berechtigt sei.

Wahrscheinlich denkt Herr v. Bismarck durch einen solchen Plan nach zwei Seiten Eroberungen zu machen, einmal die conservativen Stimmungen deutscher Regierungen für sich zu gewinnen, dann aber, wenn das Project wirklich zur Ausführung kommen sollte, durch ein von dem Bund sanctionirtes Wahlgesetz und durch ein diesem entsprechendes Parlament eine Aufhebung solcher Wahlgesetze der einzelnen Staaten durchzusetzen, welche gegenwärtig eine abscheuliche liberale Majorität bewirkt haben. Denn auch das Dreiclassen-

system des Herrn v. Manteuffel hat sich als eine auf die Länge unerträgliche demokratische Einrichtung erwiesen.

Nun wird allerdings ein solches Project niemals zur That werden. Es ist der gegenwärtigen preussischen Regierung schon oft von Preußen und Gegnern in jeder Tonart, deren die deutsche Presse mächtig ist, prophezeit worden, daß sie durch kein Project, sei es so conservativ oder so liberal wie es wolle, irgend etwas Anderes vorzubereiten vermag, als eine neue Niederlage. Und solche Behauptung ist leider wohl begründet. Denn von jedem Parteistandpunkt wird man dagegen reagiren, und dem letzten Grunde, den jeder Patriot schmerzlich empfindet, kann auch das Ministerium sich nicht verschließen. Die Abneigung und Mißachtung sind zu groß; alle Parteien in Deutschland sind gerade darin einig. Wie selbst die sehr wenigen, welche auf dem Fürstentage als Freunde des gegenwärtigen preussischen Systems aufzutreten geneigt waren — Schwerin, Reuß j. L., Altenburg — die Haltung Preußens ansehen, lehrt die klagende Kritik der preussischen Unthätigkeit während der frankfurter Tage, welche jetzt auch durch Schwerin in die Deffentlichkeit drang. Es ist eine traurige Thatsache, daß in allen Regierungen die Ueberzeugung lebendig geworden ist, mit dem gegenwärtigen Preußen in wichtigen Angelegenheiten zu verhandeln, sei eine mißliche und aussichtslose Sache. Es ist nicht lange her, da waren Abgeordnete aus den Hansestädten in Berlin, um über Errichtung einer preussischen Nordseeflotte eine Vereinbarung zu treffen — wie kommt es doch, daß aus diesen Verhandlungen nichts geworden ist und daß sogar Bremen in Frankfurt so eifrig für das österreichische Project votirte? Mit mehreren kleinen Staaten wurde über Militärconventionen verhandelt, weshalb geschah es doch, daß jeder derselben sich so scheu von dem Plane zurückgezogen hat? Und wodurch ist wohl verursacht worden, daß der Fürst, welcher am wärmsten auf diese Convention eingegangen war, jetzt dem preussischen Cabinet so fremd gegenübersteht? Wie kommt es doch, daß selbst in der besten und stärksten preussischen Sache, der Verjüngung des Zollvereins die Mehrzahl der Regierungen mit so unverhüllter Feindschaft gegen den französischen Vertrag und die offenbaren Wünsche ihres Volkes arbeiten? Und es wäre lehrreich zu wissen, wie es kommt, daß Oldenburg, mit welchem, wie wir vor Kurzem lasen, Verhandlungen wegen der Eisenbahn, die Preußen seit zehn Jahren zu bauen unterlassen hat, und wegen Marineinteressen eingeleitet worden sind, wie es kommt, daß Oldenburg in Frankfurt nicht zu den Opponenten gegen den österreichischen Entwurf gehörte? Wenn so die Stimmung bei den Regierungen ist, welche durch ihre Interessen, oder gar durch nationale Sympathien auf Preußen angewiesen sind, wie will man etwas von denen hoffen, welche seit dem Jahre 1849 die in immer gesteigertem Maße wiederkehrende Schwäche Preußens mit geheimer Schadenfreude, eine in der Zukunft drohende liberale Politik mit Furcht betrachten.

Es ist bei solcher Sachlage nicht schwer vorauszusagen, welche Aufnahme detaillirte Reformvorschläge Preußens, im Sinne des gegenwärtigen Systems aufgestellt, finden werden. Sie werden von der großdeutschen Partei mit Hohn, von der Nationalpartei mit Unwillen aufgenommen werden, die drei- undzwanzig Regierungen, welche die Reformacte unterzeichnet haben, werden sich die gute Gelegenheit nicht entgehen lassen, in ihrem eigenen Lande einen gewissen liberalen Patriotismus geltend zu machen, indem sie hervorheben, wie durch ihr Delegirtenproject die selbständige Entwicklung des innern parlamentarischen Lebens, welche bei fast allen Staaten — mit Ausnahme Sachsens — den Wünschen des Volkes ziemlich genüge, weit weniger gefährdet sei als durch das preussische Project, das doch nur die Bestimmung habe, allgemeine Reaction vorzubereiten und neue Verwickelung zwischen Fürsten und Völkern hervorzubringen. Ja auch die wirklich nationale Seite eines preussischen Entwurfes, und wir zweifeln nicht, daß er nach mancher Hinsicht mehr bieten würde, als der österreichische, wird beim Volke keinen Anklang, bei den Regierungen verdoppelte Animosität hervorrufen. Auch wer ein entschiedener Gegner des Ministeriums ist, kann als Patriot nicht wünschen, daß es in der deutschen Frage dem preussischen Staat eine neue Niederlage bereite. Und wir begreifen nicht, weshalb Preußen die verhältnißmäßig günstige Stellung, in welche es durch den Ausgang des Fürstentages gekommen ist, verlassen und sich ohne Noth in neue Schwierigkeiten stürzen will. Ein Protest, welcher die Machtstellung Preußens im Bunde wahrt und das Princip einer wirklichen Volksvertretung dem Delegirtenprojecte entgegenhält, würde vorläufig genügen. Die Förderung der deutschen Frage muß das Ministerium kräftigeren Nachfolgern überlassen.

Unterdeß beginnt in Preußen die Agitation für die neuen Wahlen. Unlängbar wird das Schloß, welches der preussischen Presse vor den Mund gelegt ist, die Wirkung des Wahlkampfes für die öffentliche Meinung abschwächen, auf das Resultat der Wahlen selbst wird das Schweigen der Macht, die jetzt vorzugsweise zum Sprechen berufen ist, nur geringen Einfluß ausüben. Denn selbst die Intriguen und Einschüchterungen, welche die feudale Partei anzuwenden im Stande wäre, werden bei dem allgemeinen Unwillen nicht helfen. Wir möchten aber hier einen Wunsch aussprechen: es wäre nicht unnütz, wenn die Liberalen in jedem Wahlkreise einen Anwalt der freien Wahl bestimmten, welcher das Gesetzbuch in der Hand, alle Uebergriffe der Gegner abzuwehren oder actenmäßig festzustellen hätte zur geeigneten Benützung. Nachträglich, von der Kammer aus, vielleicht nach längerer Frist, ist die Constatirung des Sachverhältnisses, wie wir erfahren haben, mit nicht geringen Schwierigkeiten verbunden. (Es ist wünschenswerth), daß auch nach dieser Richtung das Material für der einstigen Gebrauch reichlich und gesichert vorhanden sei.

Ueber den Ausfall der Wahlen ist auch die feudale Partei nicht im Zweifel.

Die Wahlen sind fast durch das ganze Land in den Händen der Fortschrittspartei, sie werden, wenige Wahlkreise ausgenommen, entschieden oppositionell als das letzte Mal.

Und wir wünschen mehr als wir hoffen, daß die Altliberalen sich in der letzten Stunde entschließen, mit den Fractionen der Nationalpartei in ein Bündniß zu treten, welches möglich macht, ihnen auch andere liberale Stimmen als die unserer alten Freunde zuzuwenden. Denn die Lage Preußens ist so geworden, daß es für alle Theile der Opposition nur ein nächstes Ziel gibt, worauf hingearbeitet werden muß, und dies Ziel ist eine neue Regierung. Je schneller und entschlossener diese Umänderung durch die Energie der Volksvertreter bewirkt werden kann, desto besser für die Zukunft der Dynastie, für den Staat Preußen, für uns Alle.

Von der polnischen Grenze.

Pofen, d. 18. September 1863.

Seit ich Ihnen das letzte Mal schrieb, haben die polnischen Insurgenten viele und schwere Niederlagen erlitten. Taczanowski ist geflüchtet, Lelewel gefallen; Kruk, der Rabe, einem Gerücht zufolge ein Pseudonym für Bentkowsk, geht nach seinem eignen Geständniß, von der Bevölkerung nirgends ausreichend unterstützt, einem ähnlichen Geschick entgegen. Die diplomatische Action aber hat eine Wendung genommen, welche den Russen wenigstens für den Augenblick die größte Freiheit der Bewegung gibt, und sie scheinen dieselbe mit Eifer benutzen zu wollen. Großfürst Constantin ist von Warschau abgereist, General v. Berg hat es übernommen, in der Weise Murawieffs die Pacification Congresspolens zu versuchen. Daß man ihm die dazu nöthige Energie zutraue, bezeugen die Erlasse der Nationalregierung, welche die Bevölkerung auffordern, während der bevorstehenden Cerniturung Warschaus auf der Hut zu sein. Wird diese Absperrung der Stadt wirklich ausgeführt, so wird sie auch nicht ohne Folgen bleiben, sind doch selbst unter der annoch herrschenden Anarchie die Mörder Falkners und Richters ermittelt worden.

So möge denn die Nationalregierung zusehen, daß sich das Blatt nicht wende. Daß ihr die alte Kraft schon in etwas gebrochen sei, davon hat sie neuerdings ein Zeichen gegeben. Ihrer Anordnung gehorsam waren die Censoren in Warschau um ihre Entlassung eingekommen; die legitime Regierung stellte sie vor die Alternative des Kriegsgerichtes oder des fortgesetzten Dienstes, und die nationale